



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch

Dirr, Pius

München [u.a.], 1925

12. Auseinandersetzung im Landessoldatenrate. 30. November bis 3.
Dezember 1918

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73506](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73506)

fürchtet sich drüben vor dem Bolschewismus, wie man sich auch bei uns fürchtet. Diese Furcht ist entstanden dadurch, dass wir Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte gebildet, also das russische Beispiel in dieser Hinsicht nachgeahmt haben. Aber, meine Herren, wir, die wir ja Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte bilden, wir wissen ganz genau, dass wir die russischen Methoden weder angewandt haben noch die russischen Ziele verfolgen. Russischen Bolschewismus gibt es nicht in Deutschland, vielleicht mit Ausnahme einiger Phantasten. Wir glauben nicht, dass auf russischem Wege das Ziel erreicht werden kann, das uns vorschwebt, die Demokratie und die sozialistische Gesellschaft. Wir glauben nicht, dass es uns möglich ist, die Produktion in dem Augenblicke zu vergesellschaften, wo die Produktion vollständig zerrüttet ist. . . .

Wir wollen durch Arbeit, unmittelbare schöpferische Tätigkeit den Wiederaufbau Deutschlands so rasch wie möglich im Interesse der Gesamtheit zu Ende bringen und zu dieser Arbeit müssen uns die Völker drüben helfen.

Ich habe den festen Glauben, wenn erst jene Elemente ausgetilgt sind, die noch von gestern übriggeblieben sind, dann kommen wir zu diesem Ziele. . . . Deshalb zunächst der Kampf mit allen Konsequenzen gegen die Berliner Regierung, soweit sie vertreten ist im Auswärtigen Amte; zweite Aufgabe: sofortiger Frieden. Das wird die Aufgabe der bayerischen Regierung sein, zu versuchen, ob das ihr möglich ist, wenn Berlin versagt. Kein Separatfrieden, sondern der Versuch, für ganz Deutschland den Frieden zu bewirken.

Nr. 12

Auseinandersetzung im Landessoldatenrate. 30. November bis 3. Dezember 1918.

Auszug nach den Stenographischen Berichten

In seiner Eröffnungsrede wiederholt der Ministerpräsident im wesentlichen die am 28. November in der Sitzung des Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrates ausgesprochenen Gedanken. Doch wird an seiner Politik nun lebhaft Kritik geübt, meist von Vertretern aus der Provinz. (Reden von Müller, Höllenreiner, Leutnant Nieberl, Brenner-Augsburg, Kothieringer-Augsburg, Weigel-Erlangen, Prem, Henne-München, Lang-Kissingen.)

Die Redner verweisen auf die Gewaltpolitik der Entente mit ihren vernichtenden Wirkungen für Deutschland, erklären

es für unmöglich, einen Separatfrieden zu schliessen und geben der Anschauung Ausdruck, dass nur eine konstituierende deutsche Nationalversammlung in der Lage sei, den Frieden herbeizuführen. Sie bezweifeln, dass die gutgläubige Zuversicht des Idealisten Eisner berechtigt sei. Sie wünschen dokumentarische Unterlagen dafür zu sehen, dass der von ihm unternommene Versuch, mit der Entente in Verhandlungen zu kommen, Aussicht habe. Der Ministerpräsident habe hierüber keine Sicherheit geben können, er müsse aber doch durch den Gesandten Foerster in der Schweiz informiert sein, wie sich die Entente zu ihm stellen wolle.

Gegen das Schuldbekenntnis und die Aktenveröffentlichung werden ernstliche Einwendungen erhoben. Es sei verfehlt und politisch zwecklos, da die Entente es nicht in dem gewünschten Sinne aufgenommen habe.

Der Bruch mit der Reichsleitung erregt Beunruhigung und Widerspruch, ebenso die damit in Zusammenhang stehende überscharfe Kundgebung des Vollzugsausschusses des Münchener Arbeiter- und Soldatenrates gegen sozialistische Mitglieder der Reichsregierung. Man befürchtet von alledem Gefahren für die Reichseinheit.

Es wird auch angeführt, dass Eisner selbst nicht völlig unbelastet erscheine, da er im Augenblicke des Kriegsausbruches im August 1914, wenn auch nur vorübergehend, für die Bewilligung der Kriegskredite durch die Sozialdemokratie eingetreten sei. Ferner wendet sich ein Redner gegen die „Kabinettpolitik“, von der die Räte nicht unterrichtet worden seien. Auch darauf wird hingewiesen, dass der Gesamtministerrat sich über die Methode der auswärtigen Politik keineswegs einig sei.

Dem gegenüber bleiben die Münchener Vertreter (Schröder) dabei, dass der Friede über Bayern kommen werde. Man werde ohne Nationalversammlung zu einem Präliminarfrieden gelangen, wenn eine Regierung wie die bayerische mit reinen Händen die Verhandlungen aufnehme, auf der Grundlage des Vertrauens, das sie bei den bisherigen Feindstaaten zu geniessen in der Lage sei.

Die vom Landessoldatenrat bestellte Kommission für auswärtige Angelegenheiten berichtet nach persön-

licher Aussprache mit dem Ministerpräsidenten und nach Einsichtnahme in die schriftlichen Unterlagen wie folgt:

Die Kommission ist zunächst auf Grund der persönlichen Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten zu der Überzeugung gekommen, dass Eisner eine durchaus ehrliche Friedenspolitik treibt. Die Unterlagen, die er uns mitteilte, lassen die Aussicht begründet erscheinen, dass die Entente mit ihm in Verhandlungen über einen Vorfrieden eintreten wird. Feste Zusicherungen über das Gelingen seiner Bemühungen können heute noch nicht gegeben werden. Die Kommission glaubt jedoch, dass bei der hohen Wichtigkeit des angestrebten Zieles ein Versuch auf der Eisnerschen Grundlage nicht unterlassen werden darf. Eisner geht hier von der Voraussetzung aus, dass die deutsche Nationalversammlung den Vorfrieden zu bestätigen habe.

Am Abend des 2. Dezember folgt eine von Eisner verlesene Erklärung des Gesamtministeriums. Sie erhebt den staatlichen Wiederaufbau Deutschlands auf föderativer Grundlage zum Programmpunkt und übernimmt dem Auslande gegenüber die Bürgschaft, dass das neue bayerische Staatswesen sich in Ruhe entwickeln werde. Die Methode des Terrors und der privaten Expropriation wird abgelehnt, jedoch die Entwicklung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte zu mitwirkenden Körperschaften in der neuen Ordnung anerkannt. Abschaffung der stehenden Heere in aller Welt und baldige Einberufung der bayerischen Nationalversammlung bilden die Schlusspunkte.

Noch am gleichen Tage macht der Ministerpräsident auf Grund dieser Verhandlungen der Reichsleitung den unter Nr. 13 folgenden Vorschlag

Nr. 13

Bayerischer Antrag an die Reichsregierung auf eine neue Staatenkonferenz.

Telegramm

München, den 2. Dezember 1918

Der Ministerrat des Volksstaates Bayern ist einstimmig der Meinung, dass sofort eine Konferenz der Vertreter der deutschen Regierungen nach Jena oder einem anderen zentral gelegenen Orte einberufen wird, in der eine programmatische Kund-